

Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker,
Bauhilfsarbeiter und Steinarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstand.

Geschäftsstelle: Berlin O., Rüdersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 Pfg. (ohne
Postgebühren), bei Zusendung unter Kreuzband
1,70 Mk.

Verbandsmitgliedern erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Zeile 40 Pfg.

Schriftleitung:

Berlin O., Rüdersdorferstr. 60.

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen etc. sind an
die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag abends 6 Uhr.

Nummer 38.

Berlin, den 22. September 1907.

8. Jahrgang.

Kollegen, bezahlt pünktlich die Extrabeiträge!

Inhaltsverzeichnis.

Die Bewegung im Handwerk. — Die Wohnungssequete
der Berliner Ordstrankenkasse der Kaufleute, Handelsleute
und Apotheker. — Rundschau: Zwei wichtige sozialpolitische
Entscheidungen. Zahlen der Arbeiterversicherung. Die deutschen
Arbeitermeister. Die abgelehnten Forderungen der Lagerhalter.
Die Zahl, Witterung und Krankentafelleistungen. Deutscher
Festtag. Eine ungelegte Maßnahme. Kuddelmuddelverband.
Die Meyer. Kautsky und die Stuttgarter Resolution. — Wirt-
schaftliche Bewegung. — Die Blamage von Nürnberg. —
Verbandsnachrichten: Mannheim. Gamm i. B. Krefeld.
Heinhausen. Oberhausen. Runding-Blauberg. Stettinbach.
Saunufälle. — Berichtigung. — Briefkasten. — Bekannt-
machungen. — Anzeigen.

Die Bewegung im Handwerk.

Eine auffällig hervortretende Bewegung geht zurzeit
unter den Vertretern des selbständigen Handwerks vor sich.
Eine Reihe bemerkenswerter Veranstaltungen derselben
haben in letzter Zeit stattgefunden, welche sich sowohl mit
allgemeinen, das Handwerk berührenden Fragen, wie auch
mit speziellen Berufsinteressen befaßten. Wenn man diese
Veranstaltungen als den Mund der Handwerkerbewegung
betrachten will, muß man zu der Ueberzeugung ge-
langen, daß hier ein gründlicher Umschwung einsetzt und
eine neue Erscheinung tritt. Man könnte hier mit Recht an-
nehmen: Spät kommt ihr, doch ihr kommt; obwohl unsere
Verhältnisse mit denen der selbständigen Handwerker, Arbeit-
geber, in vielen Punkten in Widerspruch stehen, sie auch
in ihren Tagungen Beschlüsse und Resolutionen ange-
nommen haben, welche wir unter allen Umständen ver-
werfen müssen und entschieden bekämpfen, auch schon zum
Teil deshalb, weil sie eine grobe Inkonsequenz darstellen,
trägt uns dieselbe trotzdem ein befreibendes Gefühl ab,
als wäre ein lebensfähiger Handwerkerstand dem gewalt-
tätigen und rücksichtslosen Großkapital vorzuziehen. Ohne
Zweifel würde die deutsche Arbeiterbewegung ohne das Mittel-
ständliche handwerksmäßige Betriebsform nicht da sein, wo
sie heute ist.

Die Handwerkerbewegung unserer Zeit ist trotzdem nicht
unabhängig davon. Sie ist seit Einführung der Gewerbe-
freiheit mehr oder weniger hervorgetreten, in glücklicher
Form allerdings selten. Anstatt in den durch die gewaltigen
Erfindungen auf technischem Gebiet, der Entwicklung des
Handels und des Verkehrs usw. hervorgerufenen Umwälzun-
gen die Hauptursache des Niederganges des Handwerks zu
werden, erblickte man dieselbe vorwiegend in der Gewerbe-
freiheit, von deren Abschaffung und Zurückkehr zum starren
Zwang man alles Heil erwartete. Die ziemlich sorg-
lose Existenz jener vergangenen Zeit, welche auch in dem
Uebergangsstadium der staatlichen Bevormundung, der
merkantilen Wirtschaftspolitik, bestehen blieb, schwebte ihnen
als Idealzustand vor und hemmte den Blick für das Er-
scheinen der neuzeitlichen Entwicklung und die vorteilhafteste
Anpassung an dieselbe. Gewöhnt an die staatliche Bevor-
mundung, erwartete man eine wirksame Besserung der
Lage des Handwerks ausschließlich vom Staat, und diese
Meinung übertrug sich auf die nachfolgenden Gene-
rationen. Und das muß gesagt werden, daß die Hand-
werkerbewegung sich seitdem in äußerst kleinlicher Kritik
bewegte, die um so mehr hervorbrach, als der betreffende
Beruf von der Großindustrie unheimlicher zurechtge-
rängt wurde.

Erst in neuerer Zeit macht sich ein Umschwung ihrer
Anschauung bemerkbar und läßt eine großartigere Wirt-
schaft der tatsächlichen Verhältnisse zum Durchbruch ge-
hen; daß dabei noch immer der zünftlerische Hasensfuß
im Vorschein kommt, ist erklärlich. Auch die scharfe
Stellungnahme gegen die Arbeiter und deren Organi-
sationen läßt sich als eine überflüssige Erfassung der Ge-
situation vermessen; denn auf Grund schlechter Wohn-
und Arbeitsbedingungen wird es den Vertretern des Hand-
werks kaum besser gehen, das zeigt die Erfahrung, wohl
wäre dies eine weitere Stärkung des Großkapitals,
des verwegenen Feindes des Handwerks, bedeuten. Beide,
die Arbeiter sowohl wie der Handwerksmeister, haben ein
gemeinsames Interesse an der Schwächung dieses gemein-
lichen Gegners. Darüber sollte sie auch nicht hinweg-
sehen, daß die Vertreter des Kapitals sich in letzter
Zeit besonders um ihre Gunst bemühen; diese machen nach
der Vor ihm die Lebensexistenz freitrag, ihnen handelt
es in der Hauptsache darum, mit Hilfe der Handwerker
die Arbeiter tiefer zu halten. Mit sinkender Kaufkraft der
Arbeiter muß jedoch auch eine Verschlechterung des Hand-
werks eintrreten; denn der Arbeiterstand ist der vor-
nehmste Kunde des Handwerks.

Zwei Punkte sind es, welche von den Vertretern des
Handwerks in den Vordergrund gestellt werden: Staats-
hilfe und Selbsthilfe. Dabei kommen ihnen die augen-
blicklichen Strömungen und Momente gut zu stehen. Die
Regierung zeigt heute mehr denn je Neigung, den Hand-
werkerstand, oder sagen wir besser den gesamten Mittel-
stand konsolidieren zu helfen, und gibt solches in einer
Reihe von Anregungen, Unterstützungen, und Entgegen-
kommen auf gesetzlichen Gebieten kund. Auch die Ver-
treter in den Parlamenten sind zum großen Teil Hand-
werkerforderungen günstiger gestimmt, denn früher. Das
Entgegenkommen des Staates basiert auf der staatsmännli-
chen Einsicht, daß zur Erhaltung eines gesunden Staats-
wesens ein lebensfähiger Mittelstand erforderlich ist. Diese
Einsicht entspringt der Geschichte jener Staaten, wo dem
Heere von Sklaven oder Unfreien eitrige Befehle gegen-
überstanden. Auch gibt ein kräftiger Mittelstand eine gute
Schutzwehr gegenüber dem Ansturm sozialdemokratischer
Bestrebungen. Ferner: die Bestrebungen und Erfolge
anderer Stände auf dem Wege der Selbsthilfe, scharfe
Arbeitskämpfe mit den eigenen Gesellen, die allgemeine
öffentliche Kritik an dem „Sichgehenlassen“ der Hand-
werker, alle diese Umstände, mit anderen Worten, der
scharfe Wind, der ihnen von allen Seiten um die Nase
wehte, hat es vermocht, sie einigermaßen aus ihrer lethargie
aufzurütteln.

Ein treffendes Bild bot der Allgemeine Deutsche
Jünglings- und Handwerkerfesttag, welcher vom 18. bis
20. August in Eisenach tagte und der von etwa 400 Dele-
gierten aus allen Teilen Deutschlands besucht war. Auch
Vertreter des Reichsamts des Innern wie des preussischen
Ministeriums für Handel und Gewerbe sowie der weimari-
schen Staatsregierung waren erschienen. Der Vorsitzende
des Zentralausschusses vereinigter deutscher Innungs-
verbände Bernard-Berlin führte bei Eröffnung aus, daß
die allgemeine Lage des deutschen Handwerks zurzeit keine
schlechte, aber auch keine gute sei. Aus der reichhaltigen
Tagesordnung greifen wir einige, die bedeutendsten,
Fragen heraus.

Den breitesten Raum nahm die Behandlung der An-
forderungen an die Gesetzgebung ein. Der Befähigungs-
nachweis, obligatorische Gesellenprüfung, Führung des
Meistertitels, Errichtung einer selbständigen Reichs-Hand-
werksbehörde sollen Mittel abgeben, um die Tüchtigkeit
des Nachwuchses zu fördern und die Entwicklung des Hand-
werks zu heben. Sicherung der Bauordnungen und Be-
festigung des § 100 g der Gewerbeordnung, welcher den
Zwangsinnungen die Festsetzung von Mindestpreisen unter-
sagt. Den freien Innungen ist bekanntlich letzteres gestattet,
was somit eine Ausnahmebestimmung bedeutet. Freilich steht
auch demjenigen, welcher mit der Mindestpreisfestsetzung
nicht einverstanden ist, der Austritt aus der freien Innung
frei, was jedoch bei der Zwangsinnung ausgeschlossen ist.
Und das kann mitunter den Ruin eines Gewerbetreibenden
bedeuten. Man hat in letzter Zeit deshalb Vorschläge
gemacht, eine behördliche Instanz zu schaffen, welche in
kritischen Fragen entscheidet. Mit Recht wurde demgegen-
über eingewendet, daß wir uns alsdann wieder am Anfang
der behördlichen Bevormundung befänden.

Ueber das Submissionswesen, dem ärgsten Feind der
Handwerker, herrscht auch unter ihnen Unklarheit, und die
Suche nach einem Mittelmittel dagegen ist bis heute er-
folglos geblieben. Ganz werden die Nachteile desselben
auch nie verschwinden. Für das beste Mittel dagegen halten
wir die Festsetzung von Mindestpreisen seitens der Hand-
werker selbst, allerdings müssen dieselben auch innegehalten
werden. In der freien Konkurrenz (nicht zugelassen) liegen
zweifellos bedeutende Vorteile, auf welche wir nicht ver-
zichten können. Staat und Kommunen können jedoch hier
vorübergehend vorgehen, indem man nicht unter allen Um-
ständen den Mindestfordernden die Arbeit überträgt. Auf
die grundsätzliche Behandlung des Submissionswesens
scheint man weniger eingegangen zu sein, als vielmehr auf
die Befestigung brüderlicher Vertragsbestimmungen bei
Staatsbauten usw. Aber immerhin ist es erfreulich, daß
die Behandlung dieser Frage vor sich ging, da Arbeitgeber
wie Arbeiter gleichmäßig darunter leiden. Welche Lust
wehete, beweist die Aeußerung des Referenten, daß man
solche „Unterbieter“ brandmarken und gesellschaftlich aus-
schließen solle.

Eine scharfe Debatte drehte sich um den Punkt: Die
Schädigungen durch die Lohnkämpfe und Maßnahmen
hiergegen. Folgende Resolution fand Annahme:

„Der Allgemeine Deutsche Jünglings- und Handwerkerfesttag
erklärt unter voller Anerkennung des Grundgesetzes der So-
zialisierung, daß gegenüber den zahlreichem Auswüchsen,
wie sie in immer steigendem Maße bei den Lohnbewegungen
durch Behinderung und Abhängigkeit der Arbeiter, durch
Betrugsverfahren und Doppeltarierung der Gewerbetreibenden
zutage treten eine Verschärfung der gesetzlichen Bestimmungen
erforderlich ist.“

Ferner erklärt der Allgemeine Deutsche Jünglings- und
Handwerkerfesttag, daß die wachsende Macht der Gewerkschaften

den engen Zusammenschluß sämtlicher Arbeitgeber unbedingt
notwendig macht. Er empfiehlt deswegen dringend, auch im
Handwerk die Erlösung von Arbeitgeberverbänden, von Streit-
und Boykottschädigungsstufen nachdrücklich zu betreiben
und durch das Zusammengehen mit den industriellen Arbeit-
geberverbänden, wie es bereits im Verein Deutscher Arbeit-
geberverbände verwirklicht ist, die Stellung der selbständigen
Handwerker gegen das Andrängen der Gewerkschaften zu be-
festigen.“

Außerdem erfuhr dieselbe noch den Zusatz, daß Streik-
postenstreiken verboten werden soll.

Aus diesem weht Scharfmacherlust und ist zweifellos
nicht geeignet, Sympathien unter den Arbeitern für die
Vertreter des Handwerks zu erwecken. Außerdem ist das
Koalitionsrecht mit solchen Beschränkungen doch kein freies
mehr. Es steht den Vertretern des Handwerks schlecht
an, im gleichen Moment, wo sie das Recht der Mindest-
preisfestsetzung für die Zwangsinnungen fordern, zugleich
eine Beschränkung des Koalitionsrechtes der Arbeiter zu
verlangen. Außerdem wäre die Konsequenz davon doch,
daß auch alle Zwangsmittel der Arbeitgeber gegen renitente
Berufskollegen, die heute mit so viel Erfolg angewandt
werden, in Fortfall kämen, ebenso die schwarzen Listen
gegen Arbeiter usw. Es ist noch eine Frage, wer bei
solchen Beschneidungen am schlechtesten wegkommen würde;
möglicherweise auch die Vertreter des Handwerks. Wenn
sie sich in Arbeitgeberverbänden zusammenschließen, bleibt
ihnen dies unbenommen. Aber jeder Mangel an sozialer
Einsicht wird sich rächen, am meisten beim Handwerk, da
es als Puffer zwischen Arbeiter und Großkapital steht.

Das Genossenschaftswesen wurde als ein erprobtes
Mittel der Selbsthilfe zur Erhaltung und Förderung eines
selbständigen Handwerks bezeichnet, und demgemäß emp-
fohlen, besonders Gewicht darauf zu legen:

„Auf die Verbreitung genossenschaftlicher Kenntnisse und
geschäftlicher Tüchtigkeit im Handwerk; auf die Erweckung und
Belebung genossenschaftlicher Gesinnung, da durch die För-
derung der Gesamtwohlfahrt auch der einzelne Vorteile hat;
auf eine fortschreitende organische und geschäftliche Entwicklung
in der Verwaltung der Einzelgenossenschaften und den wei-
teren genossenschaftlichen Vereinigungen; auf eine Vermehrung
der Einzelgenossenschaften im Handwerk jeder Art, sofern sich
auf dem besonderen in Betracht kommenden Gebiete für die
genossenschaftliche Tätigkeit ein Bedürfnis geltend macht.“

Mit Recht wurde dem Handwerk seitdem der Vorwurf
gemacht, daß es das Genossenschaftswesen zu seinem Nach-
teil vernachlässigt habe. Wenn da eine Veränderung ein-
treten soll, kann dieses nur in seinem Interesse selbst
liegen. Eigentümlicherweise wurde auch hier wieder ein
Vorgehen der Regierung gegen die Konsumvereine ge-
fordert; von einer Stellungnahme gegen die Beamten-
Konsumvereine sah man ab, der Grund dafür dürfte in
der Mittelstandsvereinigung zu suchen sein, in welcher zahl-
reiche Beamte sich betätigen. Genannte Vereinigung be-
müht sich um die Gunst der Handwerksmeister, und da eine
Reihe der Führer des Handwerks zugleich auch an der
Leitung der Mittelstandsvereinigung tätig sind, nahm man
von Befragtem Abstand, um nicht in Konflikt mit den Be-
amten zu kommen.

In kleinlicher Weise wurde gegen die Fortführung der
sozialen Gesetzgebung Stellung genommen, da die Arbeit-
geber an der Grenze der Leistungsfähigkeit angelangt seien.
Wenn man solches soviel mal hören muß, dann könnte
einem übel werden dabei. Genannte Klage hören wir von
allen, auch von der Großindustrie, schon so lange, als es
eine soziale Gesetzgebung in Deutschland gibt; aber sie
sind nicht etwa dadurch unkonkurrenzfähiger geworden,
vielmehr ist das Gegenteil eingetreten. Eine ebenso un-
erfüllbare Forderung ist die Aufhebung des § 34 des
Gewerbeunfallgesetzes, den Referent besitzend. Solches
müßte die Sicherheit der Unfallversicherung aufs äußerste
gefährden und eine äußere Verwicklung, mit fremden
Staaten, die eine starke Erschütterung der Wirtschafts-
verhältnisse mit sich brächte, sie überhaupt in Frage stellen.

In dem Geiste des Vorstehenden bewegten sich größtent-
teils auch die Verhandlungen der übrigen Veranstaltungen
der Handwerksmeister, mochten es nun Arbeitgeberverbände,
oder deren gesetzliche Korporationen, welche untereinander
verbunden sind, sein. Soweit sie die Förderung des Hand-
werks ohne Schädigung der Arbeiterinteressen betreffen,
kann man nichts dagegen einzuwenden haben, im Gegen-
teil. Wogegen wir uns wenden müssen, sind die ge-
forderten Beschränkungen der Koalitionsfreiheit, die Fort-
führung der Sozialreform sowie der Konsumvereine. In
anderen gemeinsamen Fragen, die die Hebung des Hand-
werks betreffen, sind wir zu jeder Zeit bereit mitzuarbeiten.

Durch die ganzen Veranstaltungen geht ein lebendiger
Zug nach Vorwärtstreben; der Glaube an sich selbst und
daran, daß das Handwerk nicht zugrunde gerichtet werden
kann, scheinen die Vertreter des Handwerks durchdrungen
zu haben. Ein Stand aber, wo solcher Glaube sowie der
Wille zur Tat vorhanden ist, kann nicht dem Untergange
geweiht sein. Allen Uebergriffen unserer Rechte gegen-

Aber werden wir gewöhnlich entgegenzusetzen. Die Ansicht besteht heute auf dahingehend, daß die Lohnstreitigkeiten mehr und mehr auf dem Verhandlungswege und durch Tarifverträge ihren Ausgleich finden. Sollten jedoch wider Erwarten die Handwerkervereinigungen allgemein in die schärferen Tendenzen unserer Großkapitalisten verfallen, könnte dieses kaum zum Vorteil des Handwerks ausfallen. Und davor möchten wir das Handwerk bewahrt sehen.

Die Wohnungsenquête der Berliner Ortskrankenkasse der Kaufleute, Handelsteute und Apotheker

Neigt auch für 1906 wieder in der bereits bekannten übersichtlichen und einbringlichen Form vor. (Berlin 1907, Verlag der Ortskrankenkasse, Georgenstraße 40.) In der Einleitung kann der Bearbeiter der Statistik, Albert Kohn, mit Genugtuung darauf hinweisen, daß die Zahl der Krankenkassen ständig wächst, die Wohnungsenquête nach dem Berliner Muster vornehmen, und setzt sich dann kurz mit dem eigentlichen, auch in der „Soz. Praxis“ (Jahrg. 16, Sp. 941) gekennzeichneten Verlangen der Haus- und Grundbesitzervereine auseinander, welche die Anwendung von Krankenkassengeldern zum Zweck von Wohnungsenquête durch die Aufsichtsbehörde nicht haben wollten. Diesem Verlangen ist erfreulicherweise noch nicht stattgegeben worden. — Die Statistik für 1906 hat gegen frühere Jahrgänge noch eine Verbesserung dadurch erfahren, daß mehrfach die Durchschnittszahl, die sich aus den Statistiken von 1901—1905 ergab, den Zahlen von 1906 gegenübergestellt ist, so daß sich Vergleiche und auch einige Schlüsse über die Wohnungsverhältnisse der Kranken ziehen lassen. Zur Behandlung kamen die Wohnungsverhältnisse von 6754 männlichen und 5863 weiblichen Patienten der Krankenkasse, die nach den verschiedenen Sechstagespunkten in gruppiert und statistisch berechnet werden.

Nimmt man als Maßstab der Bodenfläche die Größe an, welche von vielen Baugesellschaften für die von ihnen erstellten Kleinsten Häuser gilt, das sind 12,18 Quadratmeter, so wohnen 8,64 Prozent der Männer und 8,76 Prozent der Frauen in Räumen, die diesem Mindestmaß an Bodenfläche nicht entsprechen. Die Zahlen für 1901—1905 sind 9,54 Prozent, resp. 8,88 Prozent. Nimmt man aber als Maßstab die Mindestforderung an die Hygieniker für die Bodenfläche eines Zimmers aufstellen (16—20 qm für Wohnräume, 20—25 qm für Schlafzimmern), so entsprechen die Räume von 60,76 Prozent der Männer und 60,87 Prozent der Frauen (1901—1905: 64,06 Prozent und 64,57 Prozent) nicht diesen Anforderungen. Bezüglich des Höhenmaßes schreibt die Berliner Baupolizeibehörde als Mindestforderung 2,80 m vor, doch entsprechen bei den Männern 88,74 Prozent (29,89 Prozent) und bei den Frauen 84,79 Prozent (27,99 Prozent) nicht diesem Maße. Am weitesten bleiben hinter der vorgeschriebenen Höhe die Keller- und die Dachwohnungen zurück. Hier wurden 47 Patienten sogar in Wohnungen gefunden, die unter 2 m Höhe hatten. — Nimmt man als Maßstab für den Luftraum 20 Kubikmeter pro Person an, so wohnen 51,14 Prozent (66,68 Prozent) der Männer und 46,37 Prozent (66,35 Prozent) der Frauen in ungenügenden Räumen und zwar sind hier die Wohnungen in den Hinterhäusern ungenügender als die Wohnungen in den Vorderhäusern. Der durchschnittliche Wohnungsgegenstand schreibt die Hygieniker viel zu niedrige Zahl von 10 Kubikmeter Luftraum pro Person vor, aber auch hinter diesem unzureichenden Maß bleiben die Aufstellungsräume in 15,14 Prozent der Vorderhäuser und 14,87 Prozent der Hinterhäuser zurück. In den bisher gegebenen Zahlen ist demnach ein kleiner Fortschritt der für 1906 ermittelten Verhältnisse gegenüber den in Klammern beigefügten Prozentzahlen des Zeitraumes 1901—1905 zu spüren.

Nach der Wohnungsbedürftigkeit hat sich bei den in der Familie lebenden Patienten prozentual etwas gebessert. Eine Ausnahme und Verschlechterung hinsichtlich der Wohnungsbedürftigkeit ist jedoch in dem aus hygienischen und hygienischen Gründen sehr bedenklichen Schlafangelegenheiten zu spüren. So lebten z. B. von den kranken männlichen Patienten 77,12 Prozent (82,81 Prozent) in Familien und 22,88 Prozent (17,19 Prozent) in Schlafstellen; von den kranken weiblichen Frauen 82,24 Prozent (89,79 Prozent) in Familien, 17,76 Prozent (10,03 Prozent) in Schlafstellen. Für die Vollgesundheit besonders gefährlich erweist es sich, daß 83,28 Prozent der in Familien und 56,86 Prozent der in Schlafstellen lebenden Patienten, die an irgend welchen aufstrebenden Krankheiten litten, keinen Schlafraum für sich, ja zum Teil nicht mal ein eigenes Bett zur Verfügung hatten. Diese Verhältnisse sind überhaupt das traurigste und gefährlichste Kapitel der Wohnungsenquête. Es wurden von den Kontrollierten 577 oder 10,01 Prozent Männer und 740 oder 12,62 Prozent Frauen (1901—1905: 10,86 resp. 14,08 Prozent) angetroffen, welche ihr Bett mit anderen Personen teilen mußten. — Eine große Gefahr sowohl für die Reinlichkeit wie auch für die Gesundheit ist der Mangel an Licht. Im Jahre 1906 bezeichneten die Krankenkassenkontrollierten 418 Räume in Vorderhäusern und 819 in Hinterhäusern mit dem Prädikat „dunkel“; 58 Kranklagen in Häusern die keine Fenster hatten. Die Hinterhäuser zeigen überhaupt mehr dunkle und weniger Räume, als die Vorderhäuser. Dem ist es wohl in ursprünglicher Zusammenfassung, daß die Zahl der an rheumatischen Leiden erkrankten Patienten in den Hinterhäusern prozentual höher ist als in den Vorderhäusern.

Was die Verteilung der unterkrierten Wohnungen auf die einzelnen Stadtteile betrifft, so ergibt sich, daß die Mehrzahl der Patienten in den Ämtern Friedrichs (N., NO., S. und SO.) wohnen, dagegen nicht so viel in dem hygienischen Standpunkt aussehenden Charlotten. In bezug auf die Heranzücker der Patienten nach den Quartieren gelten:

Der Zahlen der Statistik werden, wie alljährlich, auch im Bericht für 1906 einige Einzelangaben von Wohnungen (s. die photographische Darstellungen beigegeben. Auch wir weisen auf den gebildeten Beschreiber einige hinzu, und zwar — da dort die größten hygienischen Mängelzustände bestehen — die Unterbringung, eine Dachwohnung und eine Wohnung in Hinterhaus.

Das ist ein wenig starker Widerspruch auch man sich den Angaben der Wohnungswesen haben. Der Wohnungswesen selbst ist bewußt und sucht, so daß selbst im Monat August geheizt werden muß. Logischer müssen die Lampen brennen, weil vollständige Dunkelheit herrscht. Die Lampe ist von den Wänden herabgeholt. In diesem Räume hat der Kranke mit seiner Frau und einem halbjährigen Kinde. — Wohnungswesen: Eine kleine Keller von 12 Einheiten führt zu dem hinteren, nicht beheizten Schlafzimmern des Kranke. Der Raum ist sehr dunkel und nur mit dem Licht der Lampe ausgeleuchtet. Die Lampe ist mit einem roten Stoffe mit einem roten Stoffe umgeben. — Wohnungswesen: Die kleine Keller von 12 Einheiten führt zu dem hinteren, nicht beheizten Schlafzimmern des Kranke. Der Raum ist sehr dunkel und nur mit dem Licht der Lampe ausgeleuchtet. Die Lampe ist mit einem roten Stoffe mit einem roten Stoffe umgeben.

auf dem Arbeitstisch. Die Wohnung ist sehr un sauber und in schlechtem Zustande. Der Fußboden ist stellenweise so schabhaft, daß man hinfällt mit den Füßen stehen bleibt.

Solchem Wohnungsbeland kranker Menschen gegenüber müssen alle Behördungsversuche scheitern.

„Soziale Praxis“

Rundschau.

Zwei wichtige sozialpolitische Abstimmungen

sanden kürzlich in der Schweiz statt. Die erste Abstimmung fand am 16.21.7 gegen 6928 Stimmen den neunmündigen Arbeitstag für die städtischen Arbeiter in Zürich ein. Die zweite vollzog sich in Basel. Dort besteht der § 164 des Polizeigesetzes, der besagt, daß derjenige mit Haft bestraft wird, „wer andere durch Drohung, Zwang, Verleumdung oder Verberührung bestimmt oder zu bestimmen versucht, an Verabredungen bezüglich Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, besonders durch Einstellung der Arbeit oder Entlassung von Arbeitern, teilzunehmen, ebenso wer durch solche Mittel andere hindert oder zu hindern versucht, von solchen Bewegungen zurückzutreten.“

Der „Frankfurter Zeitung“ wird hierzu geschrieben, „daß man bis vor kurzem von dieser, seit 1872 bestehenden Gesetzesbestimmung nichts wußte; erst als anlässlich des großen Maurerstreiks von 1902 arge Ausschreitungen und Bedrohungen Arbeitswilliger vorkamen, als die Arbeiter ihre Streiktafeln anderte und sich in der Wahl ihrer Mittel als durchaus nicht wälschlich erwies, erst als man sich auf Seiten der Unternehmer über „Streikterrorismus“ beklagte, erfolgte die Bestrafung dieser Arbeiter auf Grund dieses Paragraphen, eine Bestrafung, die umso härter war, als gegen Artikel des Polizeigerichts nicht appelliert werden kann. Vom sozialdemokratischen Arbeiterbund wurde deshalb eine Initiative ergriffen, die sich statt der erforderlichen 1000 mit über 8000 Unterschriften bedeckte und nur hat das Basler Volk seinen Bescheid abzugeben, ob es dieses Ausnahmengesetz beibehalten will. Ein solches ist es vielleicht nicht theoretisch, indem es sich sowohl gegen Arbeiter als Unternehmer richtet, wohl aber praktisch, indem bisher — glaube mit einer einzigen Ausnahme — nur Arbeiter bestraft worden sind. Nicht nur die streikenden Arbeiter, auch die vom Streik betroffenen Unternehmer haben die Mittel verschärft; die Unternehmer verstoßen vielleicht ebenfalls gegen diesen Paragraphen, ihre Verabredungen bleiben aber geheim, und dann stellt sich die Polizei bei uns in Basel sofort bei Ausbruch eines Streiks auf die Seite des Unternehmers.“ In der Sitzung des Großen Rates, die der Behandlung der Streikparagraphen-Initiative gewidmet war, wurde der von sozialdemokratischer Seite erhobene Vorwurf, daß sich Polizeimänner anlässlich des Streikes in einer Maschinenfabrik „inszenieren“ liegen, vom Vorsteher des Polizeidepartements auch mit keiner Silbe zurückgewiesen. Solange dies aber der Fall ist, ziehen wir es vor, dem Polizeigericht kein bloß eine Seite zuneigendes Messer in die Hand zu geben, sondern die Spitze des Paragraphen 164, die ja auch unser Strafgesetz kennt, als Antragsdelikt mit Appellrecht vom Strafrichter aburteilen zu lassen, auf die Gefahr hin, daß dann auch die Strafe höher ausfällt. Man beugt dadurch nicht nur einer willkürigen Geltungsmäßigkeitsfrage vor, sondern man schafft dadurch gleiches Recht für alle, indem man in gleicher Weise der Unternehmer wie der Arbeiter praktisch vom Gesetz betroffen wird. Die kommende Abstimmung soll nun als eine Art Kraftprobe zwischen Bürgertum und Sozialdemokratie dienen.“ Es fiel daher aus, daß der Antrag mit 7392 gegen 3069 Stimmen verworfen wurde.

Zahlen der Arbeiterversicherung.

Ueber Einnahmen, Ausgaben und Vermögen der Versicherungssträger der Arbeiterversicherung 1885—1905 bringt das Reichsarbeitsblatt in Nr. 6 eine Zusammenstellung des Reichsversicherungsamts. Danach beliefen sich die Einnahmen im Jahre 1905 auf 717 400 062 Mark, sie sind stetig gewachsen und betragen in ihrer Summe für die Jahre 1885—1905 Mark 7 434 959 628. Von dieser Summe entfallen auf Beiträge der Arbeitgeber 3 298 168 186 Mark auf Beiträge der Arbeiter Mark 2 991 769 424; für 1905 betragen sie 825 570 768 Mark bzw. 268 338 242 Mark. Die Einnahmen bei den einzelnen Versicherungsarten setzen sich folgendermaßen zusammen: a) bei der Krankenversicherung: 1895—1905: Arbeitgeber 911 900 732 Mark, Beschäftigte 2 081 434 626 Mark, Zinsen usw. 148 460 417 Mark, insgesamt 3 141 795 775 Mark; b) Unfallversicherung: Arbeitgeber 1 475 922 656 Mark, die Beschäftigten leisten bekanntlich keine Beiträge, Zinsen 195 642 612 Mark, insgesamt 1 671 565 168 Mark; c) Invalidenversicherung: Arbeitgeber 910 334 798 Mark, Beschäftigte den gleichen Betrag, Reichszugewinn 386 826 214 Mark, Zinsen 324 102 875 Mark, insgesamt 2 531 598 685 Mark. Die Ausgaben der Arbeiterversicherung in den Jahren 1885—1905 haben 5 627 416 847 Mark betragen (1905: 603 013 189 Mark). Wie die Einnahmen, so sind auch die Ausgaben stetig gestiegen. Sie beliefen sich 1885 auf 58 792 014 Mark, haben im Jahre 1889 100 Millionen Mark überschritten, betragen im Jahre 1891 nach Einführung der Invalidenversicherung 157 Millionen, 1893: 209 Millionen, 1898: 300 Millionen, 1900 nahezu 400 Millionen, 1903: 500 Millionen, und 1905 rund 600 Millionen Mark. Von den Ausgaben entfallen auf die Jahre 1885—1905 für die Krankenkassen 2 232 219 151 Mark, insgesamt also zugunsten der Beschäftigten 5 107 367 263 Mark, an Verwaltungskosten Mark 520 049 584. Die Jahresausgabe an Entschädigungen hat für 1905 den Betrag von 551 684 973 Mark erreicht, das macht eine durchschnittliche Lageleistung zugunsten der Beschäftigten von mehr als 1,5 Millionen Mark, diesen Entschädigungsbeträgen stehen an Verwaltungskosten 51 228 216 Mark gegenüber. Das Vermögen der Arbeiterversicherung ist von 31 782 095 Mark im Jahre 1885 stetig bis auf 1 722 250 359 Mark im Jahre 1905 gestiegen. Es überschritt im Jahre 1889 den Betrag von 100 Millionen Mark, auch im Jahre 1891, dem Beginn der Invalidenversicherung, auf über 250 Millionen Mark, überstieg im Jahre 1899 den Betrag von 1 Milliarde Mark und im Jahre 1903: 1 1/2 Milliarden Mark. Im Jahre 1905 betrug das Vermögen der Krankenversicherung 226 106 493 Mark, der Unfallversicherung 258 603 666 Mark, der Invalidenversicherung aber 1 237 540 200 Mark. Diese Zahlen sind ein sprechender Beweis für die hohe Bedeutung der deutschen Arbeiterversicherung.

Die deutschen Malermeister

Heften in Hannover eine Generalversammlung ab. Auf derselben sprach Obermeister Hansen über die Tarifverträge. Er betonte, daß es das wichtigste Moment in der Arbeiterbewegung sei, sich abzurufen und seine die Hoffnungen der Sozialologen auf die Bedeutung der Klassenangelegenheiten zu setzen. So lange die Sozialdemokratie sich als Zoffein bei den langwierigen Verhandlungen erweise. Praktische Sozialpolitik sei nun zu machen. Das Erbe der Arbeiter nach Verbesserung der Lage muß nicht nur in sich selbst, sondern auch in der Anbahnung von Tarifverträgen einen Ausgleich herbeizuführen. Notwendig ist es, daß die Organisationen der Arbeiter ein gleichwertiges Organ für die Verhandlung der Tarifverträge bilden.

möglich sei, die beiderseitigen Interessen in der richtigen gegeneinander abzuwägen. Als wesentlichen Inhalt des Tarifvertrages bezeichnet der Redner nicht den Minimallohn, denn einen garantierten Lohn für eine garantierte Arbeit. Der Konjunktur sollten die Löhne nicht berührt werden, weil Arbeiter keinen Einfluß auf die Gestaltung der Konjunktur haben. Wie der Redner mitteilte, bestehen im deutschen Malergewerbe bereits 10 Tarifverträge, die 200 Städte und 45 000 Arbeiter umfassen. Wiener-Barmen berichtet über die Vorschläge Kommission für die Gründung eines Hauptverbandes der deutschen Arbeitgeberverbände im Malergewerbe. Dem Verband sollen die Einzelverbände unter Aufrechterhaltung ihrer Selbständigkeit angeschlossen werden. Bezüglich der Organisationsform wird vorgeschlagen, Deutschland in vier Gaue mit dem in München, Obergiesfeld, Leipzig und Hamburg einzuteilen. Der Vertrag soll zunächst auf 40 W. pro 1000 M. gezogener Arbeit Löhne festgesetzt werden. Zu den Aufgaben des Verbandes gehört die Schaffung eines Generalarbeits und die Errichtung eines Tarifrats, von dem sämtliche Tarifverträge abgeschlossen werden sollen. Die Versammlung erklärte mit den Vorschlägen einverstanden und fasste dann einleitend folgende Resolution: „Der zweite Deutsche Malertag beschließt einen Hauptverband der deutschen Arbeitgeberverbände im Malergewerbe mit dem Sitz in Berlin ins Leben zu rufen.“ In zweiter Versammlung fand eine eingehende Debatte über die Frage statt. Der Zusammenschluß wurde allseitig begrüßt. Der weitere Ausbau des Verbandes soll zunächst dem Vorsteher überlassen werden. Schulz-Weitzig behauptete das Thema: „Stellung der Innungen zu den Arbeitgeberverbänden.“ Er erkannte die Tätigkeit der Innungen für Beschäftigten an, aber er glaubt, daß die für das Handwerk aufgewandten Mittel bessere Früchte tragen würden, wenn nicht in verschiedene Kanäle verstreut, sondern auf ein Ziel gerichtet würden oder mit anderen Worten, wenn die Handwerkerorganisationen im Verein zur Wahrung sämtlicher Interessen Handwerks umgewandelt würden. Dann könne das Handwerk politisch eine Macht werden. Eine Debatte über die Frage, deren Vorbereitung für die Beschaffung eines zweiten Aufgabes des Verbandes sein soll, fand nicht statt.

Die abgelehnten Forderungen der Lagerhalter

Die in den sozialdemokratischen Konsumvereinen angeführten Lagerhalter erstreben schon seit einigen Jahren den Abschluß eines Tarifvertrages mit den Konsumvereinen, wobei die Arbeits- und Lohnverhältnisse verbessert und geregelt werden sollen. Bisher sind alle Verhandlungen auf Zustandekommen dieses Vertrages gescheitert. Auch die neuesten Unterhandlungen sind wieder ergebnislos verlaufen und zwar wegen einer „Platzfrage“. Die Konsumvereine verlangten nämlich bei gleicher Arbeit eine gleiche Zahlung der männlichen weiblichen Angestellten. Dies wollten die Lagerhalter nicht leisten. Die obersten Leiter der Konsumvereine sind zwar in der Theorie für die Gleichheit von Männern und Frauen, in der Praxis wollen sie doch aber den Frauen niedrigere Löhne bezahlen.

Die Zahl

ber auf den Kruppischen Werken beschäftigten Personen betrug nach der Aufnahme vom 1. Januar d. J. einschließlich der Beamten 64 851. Von diesen entfallen auf die Gußstahlwerke mit den Schmelzplätzen 35 745, das Eisenwerk in Essen 4 768 die Germania in Essen 8510, die Kesselfabrik 9802, Hiltnerwerke bei Weidenhausen 5006, das Stahlwerk Unnen und auf die Eisensteingruben 4638.

Witterung und Krankenkassenleistungen.

Soweit sich bisher übersehen läßt, wird das Jahr 1906 für die Krankenkassen ein sehr ungünstiges Jahr werden, die Krankheitsziffern in diesem Sommer in Folge der günstigen Witterung eine außergewöhnliche Höhe erreicht haben. Von Kassenärzten ist beobachtet worden, daß in den vergangenen Sommermonaten die durchschnittliche Ziffer der Krankheitsfälle um 50 Prozent überstiegen worden ist. In besonders großem Umfang sind die verchiedensten Arten der Nervenkrankheiten aufgetreten und an diesen Krankheiten waren wiederum Frauen am meisten beteiligt. Entsprechend den vermehrten Krankheitsfällen mußten natürlich die Krankenkassen auch höhere Unterstützungssummen bezahlen.

Deutscher Mietertag.

Der Verband deutscher Mietervereine (Sitz Leipzig) seinen 8. Verbandstag vom 28.—30. September in Stuttgart ab. Der Mietertag wird am Sonnabend den 28., abends 8 Uhr, im „Altreichthof“ eröffnet, wobei Gemeindevorstand Oberst a. D. Gable einen Vortrag über städtische Wohnpolitik hält. Die öffentliche Sitzung um 11 1/2 Uhr bringt folgende Vorträge: 1. Aufgaben der Mietervereine vom Stadterordneten Dr. Vogberg-Schöneberg, 2. Wohnung und Gesundheit vom Reichstagsabgeordneten Dr. med. Straube-Niel, 3. Wohnungsteuer vom Vorsitzenden des Stuttgarter Mietervereins Herrn Schöning. Darauf freie Aussprache. Nähere Auskünfte erteilt der „Mieterverein in Stuttgart“.

Eine ungeschickte Maßnahme

haben sich die Preisler Unternehmer zuzufinden konnten. In diesen haben die Invalidenarten der Streikenden bezug genommen mit einem merkwürdigen Betragen, welches folgendes vertracktes Handbroschen des Wächener Arbeiterverbandes enthält wurde:

Arbeiterverband für das Baugewerbe zu Aachen, 28. August 1906. Aachen und Umgegend. Theaterstr. 6.

An unsere Mitglieder!

Nach Mitteilung des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe des Stadt- und Landkreises Aachen sind dieselben am 20. Juli d. J. 542 Bauarbeiter an der Arbeit. Wir eruchen ergebenst Arbeiter aus dem Kreis der Mitglieder auf weiteres nicht einzustellen, und machen darauf aufmerksam, daß der Entwertungsplan der Invalidenarten der Invaliden freizulassen. Besser mit der Nr. 41 versehen ist. Es wird gebeten auf diese Nummer genau achten und die Arbeiter mit solchen Karten nicht einzustellen.

Sachverständigenrat

Der Vorstand

X. V. Dr. med. S. E. P. 1906

Bekanntlich ist solches gesetzlich verboten. Wir glauben dem nicht, daß sich ein Anklager gegen die Preisler zu machen haben wird. Wohl kann die Polizei die Streikzeit in Preisler schillern — die Unternehmer haben dem, wanngleich sie direkt gegen gesetzliche Bestimmungen verstoßen.

Rudelmittelverband.

Bekanntlich haben die Agitatoren der sozialdemokratischen Bauarbeiterverbände des Ostens damit gegen uns operiert, wir haben ein Rudelmittelverband, in dem Maurer, Zimmerer, Bauhilfsarbeiter, Dachdecker usw. bündeln werden. In den nächsten Tagen findet nun bereits eine Urabstimmung des sozialdemokratischen Stukturenverbandes über eine Verschmelzung mit dem sozial. Maurerverband statt. Von den Bauarbeitern war bereits ein gleicher Antrag gestellt, und mit den Dachdeckern wird wohl bald ein gleiches eintreten. Kürzlich hatte die Wohnung in einer Berliner Maurervereinigung aus sich die Schaffung eines Industrieverbandes für das Baugewerbe als noch eine Frage der Zeit sei. Mit den Zimmerern sei es allerdings schwierig, insofern der dort eingeführten Arbeitslosenunterstützung. Sticher kommen bei den zünftlerisch veranlagten Zimmerern auch noch andere Gründe in Frage. Aber immerhin: Man will auch auf sozialdemokratischer Seite zum „Rudelmittel“ übergehen und zwar deshalb, weil er heute notwendig und praktisch ist. Die Praxis unseres Verbandes hat gezeigt, daß ein Zusammenarbeiten sämtlicher Berufs möglich und von Vorteil ist. Nur durch große Industrieverbände ist etwas Wirkliches zu erreichen. Diese Erkenntnis drängt sich auch den Sozialdemokraten auf.

Als Geher

beachtet die lothringische Gewerbeinspektion die christlichen Gewerkschaften hinzuzufügen, indem sie in ihrem Jahresbericht schreibt:

„Die christlichen Gewerkschaften suchten jedoch gesondert, aus propagandistischen Zwecken, die Bevölkerung — nicht allein die Arbeiterbevölkerung — aufzuwecken (1) und jedes unmittelbare oder sonst den Parteinteressen (?), nicht entsprechenden Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitern zu verhindern. Bei ihren Agitationen gingen die christlichen Gewerkschaften ganz systematisch vor. Die Tätigkeit der auswirkten, aus Genuß hierhergeschickten Agitatoren der „Arbeitersekretäre“ erstreckte sich auf fast sämtliche größere Werke, ganz unabhängig davon, ob die Arbeitsverhältnisse bessere oder schlechtere waren, da es wesentlich darauf ankam, die Hauptmasse der Bevölkerung, sowohl die Arbeiter als auch die Bürger, für die Organisation und die hinter ihr stehende politische Partei zu gewinnen. Die christlichen Gewerkschaften arbeiteten genau mit denselben Mitteln wie die Sozialdemokraten, nur mit dem einzigen Unterschied, daß sie dabei das Wort „christlich“ gebrauchten und dadurch mit ihren verdeckten Helfershelfern (116 b. B.) besser auf die Leute, namentlich auch auf die Weiber (11) einwirkten konnten. Im allgemeinen bestand das Vorgehen der öffentlichen Agitatoren und ihrer versteckten Hintermänner darin, daß sie durch Anschläge und Flugblätter und Reden in offenen und heimlichen Versammlungen die Bevölkerung aufstießen, wobei besonders auf die Frauen bis zum Fanatismus eingewirkt worden ist.“

Anders könnte ein direkt interessierter Großindustrieller Vorgehens auch kaum schreiben, wie es hier staatliche Organe tun. Wenn ich diese Staatsbeamten noch nicht zu einer objektiven Würdigung der Arbeiterorganisationen aufschwüngen vermöchte, dann läge es in ihrem Interesse überhaupt zu schweigen. Sie erwecken dann wenigstens nicht den Anschein, als seien sie nur zur Vertretung der Unternehmerinteressen bereit, nicht, wie es ihre Aufgabe sein soll, unparteiisch sowohl den Arbeiter wie für den Unternehmer. Hoffentlich wird der Bett auch für sie ein Lehmeister werden.

Kautsky und die Stuttgarter Resolution.

Kautsky, der verächtliche sozialdemokratische Theoretiker, hat sich zu den Beschlüssen des Stuttgarter Kongresses über das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften. In der Resolution sagte er in einer Versammlung der Leipziger Genossen:

„Die Resolution sagt alles, was wir brauchen. Sie macht der Neutralität für immer ein Ende; sie erklärt, daß die Gewerkschaften nicht nur Berufsinteressen zu vertreten haben; sie verpflichtet sie bei ihren Mitgliedern Begeisterung für das sozialistische Ideal zu erwecken. Arbeiten die Gewerkschaften in diesem Sinne, dann können wir zufrieden sein!“

Dabei hat der Stuttgarter Kongress nur das wiederholt, was sich die Führer der sogenannten „freien“ Gewerkschaften auf dem Mannheimer Parteitag der deutschen Sozialdemokratie (1906) einverstanden erklärt haben. Mit der „Neutralität“ ist es also für immer vorbei!

Wirtschaftliche Bewegung.

Zugung fernhalten: Kruschwitz, Maurer, Weisenburg i. G., Ausperrung (Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter), Landeshut (Maurer, Metzger, Steinarbeiter), Spangau (Maurer), Neustadt, Wehrp., Zementfabrik Volkshaus (Hilfsarbeiter), Oberfeld, Hiesinger, Sperte über die Firma Krummenhöller, Barmen-Mittlerhausen, Boch (Maurer), Bochum (Sperte über Bingenfeld), Essen a. d. Ruhr (Stuktureur, Sperte über Zwischenmeister Helmreich und Heilmann und Klös), Ruhrort, Sperte über die Firma Meyer, Crefeld, Ausperrung der Maurer, Bauhilfsarbeiter und Zimmerer, Säckingen und Murg (Maurer, Zimmerer, Säger und Bauhilfsarbeiter).

Witten. Die Geschäfte Sieberg und Gillebrand sind gesperrt. Dasselbst sind Lohnunterschiede ausgebrochen. Zugung fernhalten.

Bezirk Danzig.

Roppot, 11. Sept. Nach zehnwöchentlichem Kampfe konnte am Montag auf dem Rathaus in Roppot Frieden geschlossen werden. Dieser Kampf kann als ein erfolgreicher bezeichnet werden, da es uns gelang, die Staffeldörpe zu befreien; ferner den Endtermin des Tarifes vom 1. Juni, wo hier die Bauaktivität nicht auf den 1. April zu legen. Auch ist es hier in Westpreußen bewiesen, daß am Sonnabend eine Stunde früher Feierabend gemacht wird, ohne daß der Lohn deswegen gekürzt wird. Auch diese Stunde sollte abgeschafft werden. Durch den langen Kampf haben auch wir diese Stunde nach der früheren alten Sitte erhalten. Die Lohnaufbesserung beträgt gegen den alten Vertrag bei Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter 5 Pf. pro Stunde, bei dieses Jahr, und steigt für alle Berufs um weitere 2 Pf. im nächsten Jahr. Folgender Tarif wurde festgesetzt: Der Lohn für Maurer beträgt bis 1. April 1908 51 Pf., bis 1909 53 Pf., für Zimmerer bis 1. April 1908 49 Pf., bis 1. April 1909 51 Pf.; für Stein- und Kalkträger bis 1. April 1908 33 Pf., für Hilfsarbeiter 33 Pf., und steigt für letztere auf 35 und 37 Pf. im nächsten Jahr. Somit haben die Arbeiter für dieses Jahr die Höhe des Danziger Lohnes erreicht, wenn dieses für Maurer und Zimmerer nicht erreicht werden konnte, so fällt die Höhe hierfür auf die Verteiler der freien Gewerkschaften, ohne unsere Zustimmung sich 1 Pf. billiger für Maurer und Zimmerer den Arbeitgebern anbieten. Dieses veranlaßte auch den 1. Pf. herunterzugeben. Im großen und ganzen ist immer ein schöner Erfolg, der allen Kollegen unserer Organisation ein Ansporn sein möge, unermüdet tätig zu sein an der Verschärfung unserer Organisation.

Bezirk Südbayern.

Simbach. Im vorigen Jahr wurde für die Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter eine Lohnhöhung von 4 Pf. pro Stunde durchgesetzt, so daß der Lohn für Maurer und Zimmerer 28 Pf. und für Bauhilfsarbeiter 24 Pf. pro Stunde betrug. Nach dieser Erregung glaubten insbesondere ein großer Teil der Maurer und Bauhilfsarbeiter die Organisation nicht mehr nötig zu haben und auf ihren Vorbeeren ausruhen zu können, während die Zimmerer dem Verbands treu blieben. Dadurch ist es möglich gewesen, für die Zimmerer eine neue Lohnbewegung einzuleiten. Wir forderten für dieses Jahr 32 und für nächstes 35 Pf. pro Stunde. Mitte August traten wir dieserhalb mit den Unternehmern in Unterhandlung. Währenddessen schloß eine friedliche Vereinbarung als selbstverständlich. Als es jedoch zum Unterzeichnen des Tarifes gehen sollte, weigerte sich jeder Unternehmer als erster zu unterzeichnen. Hieraus schöpften wir Verdacht und ließen uns auf das mühselige Versprechen nicht ein. Wir verlangten schriftliche Anerkennung der getroffenen Vereinbarungen. Nachdem diesem Ansuchen nicht stattgegeben, traten die Zimmerer am 21. August in Streik. Die Situation erwies sich als günstig. Unser Vorgehen schien besonders den Baumeister Ragerhuber schwer verstimmt zu haben. Sofort lief er zum Bürgermeister und beauftragte unseren Bezirksleiter Brüdnier der „Volkserziehung“. Der Ortsgehaltige, der anscheinend von den sozialen Strömungen unserer Zeit nicht angekränkt ist, versuchte sogleich, Dr. „Zweiventil“ Tat zu führen. Brüdnier wurde vor das Forum des Stadtoberhauptes geladen. Hier wurde ihm in gestrengem Ton verklündet, daß er des Verbrechens der Volkserziehung angeklagt sei und gegen ihn die schärfsten Maßnahmen (etwa Stadt- oder Landesverweis? D. G.) angewendet werden müßten. Hierbei mußte sich aber das „Oberhaupt“ bedeuten lassen, daß wir nicht mehr in einem reinen Polizeistaat leben und seine „Anmaßungen“ weit über die Rechte eines Gemeindeoberhauptes hinausgingen. Dies sah er auch ein und trat den Rückzug an. Am gleichen Tage setzte er noch eine Einigungsverhandlung an. Während derselben war es wiederum der Baumeister Ragerhuber, der gegen Dr. die heftigsten Angriffe ausübte. (Letzteres wird noch ein gerichtliches Nachspiel haben.) In einer Sitzung kam es jedoch auch hier nicht. Wenige Tage darauf machte sich eine neue Wandlung bemerkbar; die Zimmerer in den umliegenden Dörfern, mit ihrer unbegreiflichen Genügsamkeit“ boten sich dudenweise an, billiger zu arbeiten, und begannen die Plätze der streikenden Zimmerer zu besetzen. Es halfen weder Vorstellungen noch Versprechungen. In Anbetracht dessen verhandelten wir nochmals mit den Unternehmern. Die schriftliche Anerkennung konnten wir insofern der durch die oben geschilderten Vorgänge plötzliche veränderten Situation für diesmal nicht durchsetzen. Die Zimmerer nahmen, auf das Ehrenwort der Unternehmer vertrauend, welches vor dem Bürgermeister abgegeben wurde, daß sie den Tarif auch ohne Unterschrift aufrechterhalten, am 26. August die Arbeit wieder auf. — Wir brauchen uns hier des Erfolges nicht zu schämen. Ist doch binnen einer Jahresfrist der Lohn für Zimmerer um 8 Pf., gleich 33 1/2 Prozent pro Stunde gestiegen. — Kollegen, Zimmerer von Simbach, aus dem letzten Lohnkampf habt ihr ersehen, was es heißt organisiert zu sein. Ebenso wird euch zum Bewußtsein gekommen sein, wie es geht, wenn man in den Kampf zieht, aber ringsum von Feinden umgeben ist. Darum lernt aus dem Kampfe, daß durch unermüdeliche Aufklärungsarbeit unsere Arbeitsbrüder, die aus falscher Ansicht uns diesmal als Feinde gegenüberstanden, für uns als Freunde gewonnen werden müssen. Dadurch wird es dann ermöglicht, nicht nur das Erregene hochzuhalten, sondern auch weitere Verbesserungen anzustreben. Ebenso mögen auch die Maurer und Bauhilfsarbeiter einsehen, daß nur durch eintigen Zusammenstoß Vorteile errungen werden können. Deshalb hinein in unsere Organisation, die bereit ist, euch zu helfen und zu schützen.

Die Blamage von Nürnberg.

Nachdem die „freien“ Verbände der Bauarbeiter am 15. März laufenden Jahres mit dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe einen Vertrag bis 31. März 1910 abgeschlossen hatten, waren wir uns darüber klar, daß diese Kampfhöhe den dreijährigen Frieden nicht vertragen könnten. Diese Voraussetzung sollte sich bald in der Tat beweisen. Trotzdem in dem Vertrag der Passus enthalten ist: Das Zusammenarbeiten von Arbeitern auf ein und derselben Arbeitsstelle darf weder von einer der in Betracht kommenden Organisation, von den einzelnen Arbeitern, noch von den Arbeitgebern beanstandet werden.“ wurde schon am 1. Juli mit Vertragsbruch begonnen. Bei Baumeister Hausen verlangten die „freien“ Maurer und Bauhilfsarbeiter die Entlassung eines unorganisierten Steinbauers, wie der dort beschäftigte rote Bandelgelehrte der Maurer selbst ausagte. Hausen gab diesem Verlangen nicht nach, worauf die Genossen die Sperte verhängten und dann nach einigen Tagen der Steinbauer die Arbeit verließen mußte. Wir hatten in einer Baubesprechung den „Freien“ gegenüber erklärt: „hast wir uns um die Sperte nicht kümmern und kein Kollege bei Hausen in Arbeit tritt.“ zum Danke dafür mußten am 6. Juli bei Baumeister Hausner drei Kollegen von uns auf das Verlangen der „Genossen“ die Baustelle verlassen. Gewiß eine schöne Vergeltung. — Am 9. August wurden bei der Firma Christian Rauber unsere zwei Kollegen M. und D. von den „freien“ Gelben Körperlich mißhandelt usw. (Siehe Näheres über diesen Fall in Nr. 35 der „Baugewerkschaft“). Bei Baumeister Frisch legten am 16. August die „freien“ Bauarbeiter auf 3 Stunden die Arbeit nieder, wegen Nichtentlassung zweier unorganisierter. Sehr bezeichnend ist bei diesem Fall die Bestimmung der Sperte in der „Sozial. Tagespost“ und der Kreiszug der „sozialdemokratischen“ Führer. Am 16. und 17. August heißt es „wegen Differenzen?“ ist bei Frisch die Sperte verhängt, die Streikenden bitten — die Baupläze zu meiden! Am 19. wurde von der Verbandsleitung die „Sperte“ verhängt. Am 20. heißt es: Die Verbandsleitung der Maurer teilt uns mit, daß sie mit der Sperte über die Firma Frisch nicht einverstanden ist! — Am 21. aber heißt es: „Achtung! Bauarbeiter Nürnberg! Nachdem die allgemeine Aussperrung der Bauarbeiter angebrochen wurde, bleibt die Sperte über die Firma Frisch aufrecht erhalten. Die Verbandsleitungen. Weiter heißt es dann in der sozialdemokratischen „Tagespost“, daß am Freitag, dem 22. nachmittags 4 Uhr eine Versammlung stattgefunden und zugleich der Beschluß, „Auf zur Versammlung, unsere Größten ist bedroht.“ Ja, wer hat denn die Größten der ganzen Bauarbeitererschaft von Nürnberg und Fürth bedroht? — Wir wollen uns hier nicht auf Seite der Arbeitgeber stellen; denn diese besitzen es selbst weiterhaft, sich zu helfen, aber Recht muß Recht bleiben. Als am 19. August der Arbeitgeberverband den Beschluß faßte, „wenn bis Donnerstag, den 22. bei Frisch die Sperte nicht aufgehoben ist und die Streikposten nicht entfernt sind, so werden am 24. August alle Arbeiter im Baugewerbe, welche der „freien“ Organisation angehören, in Nürnberg und Fürth entlassen.“ so bezeichnet die „Genossen“ dieses Vorgehen als einen brutalen Gewaltakt der Arbeitgeber. Wenn aber Arbeiter, welche eine andere Meinung haben als wie diese „freien“ Gelben, von diesen terroristisch mißhandelt und drohtlos gemacht werden, so finden es diese

„Genossen“ als ganz natürlich. Wenn also zwei das selbe tun, so ist es nicht immer das gleiche. Nachdem man nun im freien Lager allmählich zur Ueberzeugung kam, daß die Arbeitgeber ihre Drohung mit der Aussperrung in der Tat umsetzen, so zog man von oben die Bremse ganz gewaltig an. Am Freitag, den 23. August, kurz vor der Versammlung, kamen die beiden Führer der „freien“ Maurer zum Vorsitzenden der Arbeitgeberverbände und gaben dort die Erklärung ab: „das sämtliche Sperrten von der Organisation nicht gebilligt werden, der Verband keine Unterstützung auch nicht gewährt und in Zukunft derartige Sachen nicht mehr vorkommen sollen.“ (Warum hat man nicht gleich am Montag diese Erklärung abgegeben? D. Red.) Die Versammlung der „Genossen“ selbst, welche um 4 Uhr stattfand, nahm einen derartigen Verlauf, daß sie nach 1 1/2 Stunde geschlossen werden mußte und die Führer es vorzogen, sich auf „französisch“ zu empfehlen. Es ist auch den Mitgliedern der „freien“ Bauarbeiter gar nicht zu verübeln. Zuerst werden sie von ihren „bewährten“ Führern zu einem derartigen Vorgehen angeeifert, werden ihnen Unterstellungen verprochen und dann heißt es, nachdem die Arbeiter acht Tage gestreikt hatten: „Die Sperte wird nicht anerkannt, Unterstützung gibt es nicht.“ — Wahrscheinlich wird dieser Wind von Hamburg wehen, weil man dort etwas nüchternere denkt, als in unserer heißblütigen Noz. Die ganze Geschichte hat wieder einmal gezeigt, wessen Geistesfinder die Genossen sind.

So scheinlich klammert wie hier dürften sie sich sonst wohl kaum haben. Zuerst frech wie ein Mohrpaß und dann wie ein getretener Hund. Die Maurer gehen jetzt schon dazu über, einen Unterrichtskursus zu errichten; ein solcher ist auch sehr notwendig vor allem aber ein solcher für die Nürnberger Führer am Plage. Uns aber geben diese Vorkommnisse eine ernste Mahnung, für die Stärkung unseres Verbandes ganz energisch zu agitieren. Kollegen, die Zeiten sind ernst, wir sehen, wie die „roten“ Brüder in Nürnberg und Fürth systematisch dazu übergehen, um uns zu vernichten. Darum bemühen wir die Waffen, welche sie uns durch ihren Größten bieten, und arbeiten wir dafür bis der letzte christlich denkende Bauarbeiter Mitglied unseres Verbandes ist. Deshalb auf zur Agitation, auf zum Siege.

Verbandsnachrichten.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstagmorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Stukkateure.

Mannheim. Am Mittwoch, den 4. September, tagte eine gut besuchte außerordentliche Mitgliederversammlung sämtlicher Bauhandwerker. Auf der Tagesordnung stand 1. Vortrag des Stoll, 2. Diskussion, 3. Verschiedenes. Bevor man in die Tagesordnung eintrat, gedachte der Vorsitzende unseres dahingegangenen Kollegen Friedrich Kiesel und erhoben sich die Kollegen, um den Verstorbenen zu ehren, von ihren Sitzen. Kollege Riegelmeier referierte sodann in einem einstündigen Referat über soziale Fragen. Beteiligtsten sich auch wenige Kollegen an der Diskussion, so hatten sie doch alle den Wunsch, noch mehr solche Versammlungen zum Nutzen und zur Ausbildung unserer Kollegen halten lassen zu wollen. Der dritte Punkt „Verschiedenes“ gestaltete sich etwas lebhafter. Besonders wurde heftig protestiert, weil sich keiner von unseren Streikären mehr hier sehen läßt. Daß dies von den „Freien“ begründet wird, das kann uns wenig kümmern, denn heute sind wir so weit gekommen, daß sich die christlichen Gipser und Stukkateure vor den „Freien“ nicht mehr fürchten; dennoch möchten wir unsere Bezirksleitung ersuchen, uns wieder einmal zu besuchen; denn wenn wir in Betracht ziehen, daß die „Freien“ in letzter Zeit ein Flugblatt herausgegeben, in dem der Papst, der Bischof Dr. Körber aus Freiburg sowie der Bischof Konrad in Ertel als Bekämpfer der christlichen Gewerkschaftsbewegung gestempelt wurden, so werden sie sich bald die Freiheit herausnehmen und erklären, Kollege Kott oder Weidberg wären ebenfalls Feinde unserer Sache, trotzdem sie fleißig dafür agitieren. Im übrigen möchten wir die Kollegen ersuchen, in nächster Zeit fleißig ihre Versammlungen zu besuchen, da die nächste Zeit für uns diese des Lehrreiches bringen wird. Den Kollegen hier nochmals zur Erinnerung, daß sämtliche Sendungen und Anfragen an die Verbandsstelle an Kollege Heinrich Kiefer 2, Nr. 18 zu richten sind.

Dachdecker.

Hann. i. W. Unsere regelmäßige Versammlung, die am 7. b. M. stattfand, war sehr gut besucht. Nachdem der Schriftführer das Protokoll verlesen, erstattete Kollege Kreis den Kartellbericht. Dann wurde zweiten aus unserer Zahlstelle zum Militär eintretenden Rekruten ein entsprechendes Geschenk gemacht. Der Vorsitzende bemerkte dabei, daß diese beiden Kollegen immer regelmäßig die Versammlung besucht und pünktlich die Beiträge bezahlt hätten, auch die zwei Jahre über der christlichen Gewerkschaftsjahre treu bleiben möchten. Die beiden Kollegen stützten ihren Dank ab und erklärten, daß sie nach zwei Jahren den Platz, den sie jetzt verlassen müßten, wieder einnehmen würden. Unter „Verschiedenem“ stellte Kollege Kreis folgenden Antrag: Vom 1. September ab alle 14 Tage eine Lokalmesse zu geben, da die Extrabeiträge ja schon bezahlt wären, und es von Vorteil sei, unsere Lokalkasse für nächstes Jahr zu stärken. In der Diskussion sprachen sich einige Kollegen begeistert dafür aus, und wurde der Antrag einstimmig angenommen. Vor der Woche wurde in unserer Zahlstelle die Hauskassierung eingeführt, die sich bis jetzt gut bewährt. Die Mitglieder kommen jetzt gar nicht mehr in die Gefahr, länger als eine Woche im Rückstande zu bleiben. Natürlich muß der Hauskassierer tüchtig sein, wenn die Sache Erfolg haben soll. Wir sind seit einer Gründung vor anderthalb Jahren von fünf auf achtzehn Mitglieder gestiegen; trotzdem dieses Frühjahr, nach unserer Lohnbewegung, zwei Kollegen dem Verbands den Rücken kehrten: einer mußte sparen, weil er heiraten wollte, der andere weil er geheiratet hatte, und ein Kollege ist selbständig geworden. Die zwei Sparanten sind die einzig unorganisierten am Orte. Zwei Kollegen haben sich noch zur Aufnahme gemeldet. 27 Kollegen sind im hann. beschäftigt. Vergangenes Jahr war die Hälfte im Zentralverband und die Hälfte bei uns, jetzt ist der Zuwachs auf unserer Seite.

Maurer.

Krefeld. Unsere Zahlstelle hielt am Sonntag, den 8. September, ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Schon sieben Wochen stehen wir im Streik, und sind die Kollegen alle bis auf zehn abgereist, welche das Streikpostenflehen bejahren. Der Vorsitzende, Kollege Kiefer, eröffnete die Versammlung und ließ die sehr zahlreich erschienenen Kollegen willkommen heißen. Ganz besonders freute er sich, daß der Lokalkassierer, Kollege J. Schwarz, heute wieder in ihrer Mitte erschienen sei, nachdem er drei Monate seiner Freiheit beraubt war. Er mußte seine Bewandlung ansprechen über den Partein Besuch, sowie über das Erscheinen der Vorstände der Nachbarzahlstellen. Dieses habe seinen Grund darin, daß gestern durch die Stadt ein ein Passierer die Kunde für verbreitete, der Kollege Schwarz sei aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Man habe in dem Kollegen eine Kraft gefunden, die es verstanden hätte, während seiner viermonatlichen Inhaftung die Mitgliederzahl zu vergrößern. Das Vertrauen der Mitglieder habe er

